

**Michael Schmidt-Neke**

## Parlamentswahlen 2021 in Albanien: Edi Ramas Sozialisten verteidigen die absolute Mehrheit

### **Abstract**

#### **Albania's Parliamentary Elections 2021: Edi Rama's Socialists maintain their absolute majority**

After 2017, Prime Minister Edi Rama ruled Albania with an absolute majority of his Socialist Party (PS). Political infighting went to extremes during the past four years, culminating in the collective resignation of most opposition members of parliament. A severe institutional conflict emerged between Rama and President Ilir Meta due to unsolved problems of the checks and balances in the 1998 constitution.

With 48.7 percent and 74 out of 140 seats won, Rama is the first prime minister to win a third term. Meta's LSI party suffered a crushing defeat, and a combined centre-right list of the Democratic Party (PD) and 12 minor parties made only modest gains. The PD members confirmed Lulzim Basha as party leader.

Albania still waits for the beginning of negotiations on joining the EU. This is a common goal of all parties but it suffers from shortcomings of Albania's social and political realities, as well as from the internal problems of the EU and its member states.

### **Dr. Michael Schmidt-Neke**

*Geboren 1956 in Baden-Baden. Er studierte Geschichte und Klassische Philologie in Freiburg/Breisgau und arbeitet seit den 1980er Jahren über den Balkan, besonders den albanischen Raum. 1988–1993 war er in Hamburg wissenschaftlicher Redakteur und Koautor der Bände über Bulgarien und Albanien des „Südosteuropa-Handbuchs“. Seit 1995 ist er im Schleswig-Holsteinischen Landtag tätig.*

**Kontakt:** [schmidt-neke@t-online.de](mailto:schmidt-neke@t-online.de)

*Der Beitrag wurde fertig gestellt Ende Juni 2021.*

Albanien wählte am 25. April 2021 zum zehnten Mal seit dem Ende des Einparteiensystems ein neues Parlament (Kuvend). Nach dem Bürgerkriegsjahr 1997 wurde jede vierjährige Legislaturperiode fristgerecht beendet. Das ist angesichts der häufigen vorgezogenen Neuwahlen in der Region (Kosovo hat nach 1999 sämtliche Wahlperioden vorzeitig beendet) ein bemerkenswertes Zeichen an politischer Stabilität – bei allen Defiziten der politischen Kultur des Landes, die den EU-Standards noch immer nicht genügt.

### Ausgangslage<sup>1</sup>

Die Sozialistische Partei (PS) hatte mit ihrem Spitzenkandidaten und Parteivorsitzenden Edi Rama, dem früheren Bürgermeister von Tirana, 2013 die Wahlen gewonnen und mit der Sozialistischen Integrationsbewegung (LSI) eine Koalition gebildet. Die nächste Wahl am 25. Juni 2017 konnte nur mit internationaler Vermittlung stattfinden, da die Opposition mit einem Boykott drohte. Rama musste vorübergehend eine Reihe von Schlüsselministerien mit Vertrauensleuten der Demokratischen Partei (PD) besetzen; diese Übergangsregierung trug die Verantwortung für die Durchführung der Wahl.

Die PS siegte überraschend klar mit 48,3 Prozent. Die PD fiel auf 28,8 Prozent zurück. Die inzwischen mit der PS zerstrittene LSI hatte mit 14,3 Prozent erneut einen großen Erfolg. Die Partei für Gerechtigkeit, Integration und Einheit (PDIU), die die Interessen der nach dem Zweiten Weltkrieg aus Griechenland vertriebenen muslimischen Albaner und deren Nachfahren (Çamen) vertritt, errang 4,8 Prozent, die sozialdemokratische PSD 1,0 Prozent der Stimmen. Die PS gewann 74 Sitze, die PD 43, die LSI 19, die PDIU drei und die PSD ein Mandat.

Rama stellte nach dem Rücktritt der übergangsweise von der PD benannten Minister\*innen am 28. August 2017<sup>2</sup> ein ausschließlich aus PS-Mitgliedern bestehendes Kabinett vor, das durch Zusammenlegung diverser Ressorts kleiner als jenes von 2013 ausfiel. Die Mitglieder der neuen Regierung sollten jetzt ihre Parlamentsmandate (sofern sie eins hatten) behalten, um eine bessere Anbindung an die PS-Fraktion zu erreichen. In Ramas erster Amtszeit mussten neu ernannte Minister\*innen, die auch Abgeordnete waren, ihre Mandate abgeben, um eine klare, demokratisch sinnvolle Trennung von Amt und Mandat zu erreichen. Der Nachteil war, dass diese Regelung ein ständiges Nachrücken erforderlich machte, zusätzlich zum Ausscheiden von Abgeordneten aus anderen Gründen.

### Ziel EU-Beitritt

Politisch unumstritten ist die Priorität, Albanien in die EU zu führen. Umfragen zeigen regelmäßig, dass die EU-Freundlichkeit der Albaner\*innen nach wie vor sehr hoch ist; 2020 gaben 87 Prozent der Befragten an, eine EU-Mitgliedschaft wäre gut für ihr Land.<sup>3</sup> Die Liebe ist jedoch einseitig: Die EU-Mitgliedstaaten stehen einer weiteren Südosterweiterung skeptisch bis klar ablehnend gegenüber. Die zum Teil negativen Erfahrungen mit Rumänien und Bulgarien,<sup>4</sup> der Austritt eines der stärksten EU-Mitgliedsländer und die große Zahl ungelö-

1 Michael Schmidt-Neke, Rama gewinnt Parlamentswahl, Albanische Hefte 2/2017, S. 19–22.

2 Die Ereignisse folgen der laufenden Chronologie in der Zeitschrift „Albanische Hefte“.

3 [https://wbc-rti.info/object/document/20689/attach/2020-06-Balkan-Barometer-Public-Opinion\\_final.pdf](https://wbc-rti.info/object/document/20689/attach/2020-06-Balkan-Barometer-Public-Opinion_final.pdf), S. 38.

4 Zur Bilanz der ersten zehn Jahre von Bulgariens EU-Mitgliedschaft führte die SOG 2017 eine Konferenz durch, deren Vorträge in den SOM 5–6 / 2018, S. 8–84, veröffentlicht wurden.

ter Probleme nicht nur in Albanien, sondern auf dem Westbalkan insgesamt haben zu einer hoch problematischen Dynamik geführt. Beitrittswilligen Ländern wie Albanien und Nordmazedonien werden seitens der EU immer wieder neue Bedingungen für die Aufnahme konkreter Beitrittsverhandlungen gestellt; auf ihre Erfüllung antwortet die EU dann aber mit immer neuen Vorbehalten, die oft mehr mit der inneren Verfassung der EU und den innenpolitischen Interessen der aktuell Regierenden als mit den Balkanstaaten selbst zu tun haben.

Der Deutsche Bundestag nahm am 24. September 2019 einen Antrag der Regierungsfractionen (Drucksache 19/13509) an, der die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Albanien befürwortete, konkrete Beitrittskonferenzen aber von der Erfüllung von zehn Bedingungen in den Feldern Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Bekämpfung von Korruption und Kriminalität abhängig machte.<sup>5</sup> Der französische Präsident Macron legte im Oktober 2019 zunächst ein Veto gegen Beitrittsverhandlungen mit Albanien und Nordmazedonien ein, weil unabhängig von den erreichten Fortschritten in diesen Ländern die EU keine weiteren Beitritte verkraften könne. Die anschließenden Gespräche mündeten dann in einen Stufenplan, der nach der Erfüllung bestimmter Kriterien in eine erste Phase der Beitrittsgespräche überleiten sollte; darauf sollen weitere Stufen dieser Art folgen. Damit würde der tatsächliche Beitritt auf einen nicht prognostizierbaren Zeitpunkt hinausgeschoben.

Aktuell blockiert die amtierende bulgarische Regierung Verhandlungen mit Nordmazedonien wegen des Konfliktes zwischen beiden Ländern um die nationale und sprachliche Identität der Mazedonier. Albanien und Nordmazedonien werden dabei als Geleitzug in Richtung EU betrachtet; Hemmnisse für eines der beiden Länder behindern auch das andere. Rama war bei der Verabschiedung eines neuen Minderheitengesetzes seinem bulgarischen Kollegen Bojko Borisov sogar entgegengekommen und hatte eine bisher noch nie aufgetauchte bulgarische Minderheit, die bisher als Goranen<sup>6</sup> bezeichnet wird, neben acht weiteren (Griechen, Mazedonier, Aromunen, Roma, „Ägypter“, Serben, Montenegriener, Bosnier) gesetzlich anerkannt.<sup>7</sup>

Rama wählte am 4. Juni 2021 ein ungewöhnliches Medium für einen scharfen Angriff auf die EU, die aus rein innenpolitischen Erwägungen immer neue Bedingungen für Verhandlungen stellte, nämlich die BILD-Zeitung, die ihm noch 2019 vorgeworfen hatte, er stecke mit der organisierten Kriminalität unter einer Decke.<sup>8</sup> Er fühle sich an „Warten auf Godot“ erinnert, wo viel geredet würde, ohne dass irgendetwas geschehe. Im Juni 2021 zeichnete sich ab, dass bisher skeptische EU-Mitglieder wie die Niederlande den Eintritt in eine erste Verhandlungsphase unterstützen würden.

Für die EU liegt ein Risiko darin, beitrittswillige Länder am langen Arm verhungern zu lassen: Wenn die Balkanstaaten zu der Einschätzung gelangen, dass eine Integration in die EU nicht in einem kalkulierbaren Zeitraum möglich ist, könnten sie sich von der EU ab- und deren Konkurrenten zuwenden. Dabei kommt für Albanien Russland, der Patron Serbiens, nicht als Partner in Frage. Albanien hat hingegen in den 1960er und 70er Jahren Erfahrungen mit China gemacht, wenn auch unter gänzlich anderen politischen und ökonomischen

5 <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/135/1913509.pdf>

6 Thomas Schmidinger, Gora – Slawischsprachige Muslime zwischen Kosovo, Albanien, Mazedonien und Diaspora, Wien 2013.

7 In § 3 Abs. 2 des Gesetzes Nr. 96/2017 über den Schutz der Minderheiten (<https://www.kmd.al/wp-content/uploads/2018/05/1524738824-Ligji-Per-Mbrojtjen-e-Pakicave-Kombetare-ne-R.Sh-2017.pdf>)

8 <https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/gebrochene-versprechen-und-zynismus-albanien-premier-geht-auf-die-eu-los-76623068.bild.html>

Vorzeichen, und könnte bei einer Umorientierung erneut zum „Vorposten Chinas“ werden.<sup>9</sup> Das Land könnte auch auf eine sehr viel ältere Bindung zurückgreifen, nämlich die zur Türkei. Edi Rama betont bei jeder Gelegenheit die Wichtigkeit der albanisch-türkischen Beziehungen und nennt Präsident Recep T. Erdoğan regelmäßig seinen „persönlichen Freund“. Dagegen spricht die Tatsache, dass die Leistungsfähigkeit der Türkei nicht mit der Russlands, Chinas oder der USA konkurrieren kann und dass Erdogans autoritäres System weit weniger konsolidiert ist als das von Wladimir Putin oder Xi Jinping.

Die dritte (und plausibelste) Möglichkeit wäre, dass Albanien sich auf seine enge Partnerschaft mit den USA zurückzieht, zumal die Sympathien der Bevölkerung für die USA traditionell so groß sind, dass es eine doppelte Loyalität zu den USA und zur EU gibt. Jede albanische Regierung hat bisher fast immer die Politik der USA unterstützt, auch zu Lasten der Beziehungen zu anderen Staaten. So rechtfertigte die albanische Regierung die Ermordung des hochrangigen iranischen Generals Qasem Soleimani durch einen US-amerikanischen Luftschlag in Bagdad im Januar 2020 als gerechtfertigten Kampf gegen terroristische Aktivitäten seitens des Iran. Der oberste Führer des Iran, Ali Chamenei, und regierungsnahe Medien im Iran antworteten darauf mit bisher unbekannter Schärfe; Albanien wurde unter anderem als „kleines teuflisches Land“ bezeichnet, auch wegen des Asyls für 3.000 iranische Volksmudschahedin.

In den letzten drei Jahrzehnten sehen sich die Diplomaten\*innen der EU und der wichtigsten Mitgliedsländer sowie ganz besonders der USA in der Rolle von Schiedsrichtern zwischen den politischen Lagern Albaniens und müssen sich notgedrungen viel stärker in die Innenpolitik des Landes einmischen, als das normalerweise mit ihrer völkerrechtlichen Stellung vereinbar wäre.

### Wichtigste Ereignisse in der vergangenen Legislaturperiode

Einer der Hauptvorwürfe der konservativen Opposition gegen Rama und seine Partei war deren angebliche Nähe zur Kriminalität. Eine Altlast Ramas war sein früherer Innenminister Saimir Tahiri (als früherer Parteichef von Tirana war er einer der einflussreichsten PS-Funktionäre), der bereits im Frühjahr 2017 wegen einer – letztendlich erfolglosen – Bürgermeisterkandidatur zurückgetreten war. Nachdem die Staatsanwaltschaft Ermittlungen wegen der Begünstigung von Drogenkriminellen aufgenommen hatte, wurde er zunächst aus der PS-Fraktion ausgeschlossen und legte 2018 sein Mandat nieder. Er erhielt 2019 eine mehrjährige Bewährungsstrafe wegen Amtsmissbrauchs, nicht jedoch wegen Beteiligung an Drogenhandel; die Opposition sah das relativ milde Urteil als politisch gesteuert. Im Oktober 2018 trat Fatmir Xhafaj als Innenminister zurück und wurde durch den bisherigen Offizier Sandër Lleshi ersetzt. Die Opposition hatte ihn aufs Korn genommen, weil sein Bruder Agron eine zentrale Rolle beim Drogenhandel in Südalbanien spiele und weil er die Ermittlungen gegen seinen Vorgänger Tahiri behindert habe.

Bei der vom größten Teil der Opposition boykottierten Kommunalwahl im Juni 2019 gewann mangels Alternativen der PS-Kandidat Valdrin Pjetri die Bürgermeisterwahl in Shkodra, einer PD-Hochburg. Wenige Tage später wurden Dokumente lanciert, wonach er 2003 aus Italien ausgewiesen und danach zu 18 Monaten Gefängnis wegen Drogenhandels verurteilt wurde. Damit hatte er, indem er seine Vorstrafe nicht angegeben hatte, gegen das Entkrimi-

9 So der Titel einer der ersten substanziellen Veröffentlichungen, die in der Bundesrepublik Deutschland über das kommunistische Albanien erschienen sind: *Rolf Italiaander* (Hrsg.), *Albanien – Vorposten Chinas*, München 1970.

nalisierungsgesetz verstoßen, welches verurteilte Straftäter von einer Kandidatur ausschließt, und durfte sein Amt nicht antreten. Rama schloss ihn sofort per Twitter aus der PS aus. PD-Chef Lulzim Basha warf Rama Heuchelei vor; er habe von Pjetris krimineller Vergangenheit gewusst. Der Skandal spaltete auch die örtliche PD; die frühere Parlamentspräsidentin Jozefina Topalli griff Basha scharf an, woraufhin die PD Shkodra ihr vorwarf, Pjetris Karriere gefördert zu haben. Die bisherige Bürgermeisterin von Shkodra, Voltana Ademi (PD), blieb im Amt, nachdem Präsident Meta die Ausschreibung von Neuwahlen abgelehnt hatte. Auch gegen sozialistische Bürgermeister kleinerer Gemeinden (Vora, Librazhd, Mat) wurden Vorwürfe laut, sie hätten Vorstrafen verschwiegen und seien zu Unrecht gewählt worden.

Im Dezember 2018 demonstrierten Tausende von Studierenden gegen schlechte Studienbedingungen, Studiengebühren und hohe Lebenshaltungskosten. Sie lehnten zunächst Gesprächsangebote Ramas ab, der die Forderungen der Studierenden weitgehend akzeptierte, die Verantwortung für die schlechten Studienbedingungen jedoch auf die Hochschulleitungen abzuwälzen versuchte. Er besetzte nicht nur das Bildungsministerium neu, sondern bildete bei dieser Gelegenheit gleich sein halbes Kabinett um und berief Minister\*innen ohne prominente Funktionen innerhalb der PS.

In der Nacht vom 21. auf den 22. September 2019 wurde Albanien von einer Serie schwerer Erdbeben mit dem Epizentrum Tirana–Durrës erschüttert. Die maximale Stärke lag bei 5,8 auf der Richterskala. Über 300 Häuser wurden beschädigt und zum Teil unbewohnbar. Es gab über 100 meist leicht Verletzte, jedoch keine Toten. Es entstand weiterer erheblicher Sachschaden, beispielsweise an geparkten Autos, die von herabfallenden Gebäudeteilen getroffen wurden. Viel schlimmer wurde das Land am frühen Morgen des 26. Novembers 2019 von einem neuen Erdbeben getroffen, dessen Epizentrum bei Durrës lag und das einen Wert von 6,4 auf der Richterskala erreichte; seine Ausläufer waren in allen umliegenden Ländern zu spüren. Nach einer Abschlussuntersuchung entstanden materielle Schäden von 985 Millionen Euro, besonders in Durrës und Thumana; 51 Personen wurden getötet, mehrere Tausend verletzt. 17.000 Menschen verloren ihren Wohnraum, rund 200.000 erlitten Sachschäden. Die Regierung rief den Notstand aus und verkündete eine Staats Trauer. Das Land erhielt umfassende internationale Finanzhilfen zur Bewältigung der Katastrophe, auch durch die Türkei.

Kontrovers war die Entscheidung, das alte Nationaltheater im Zentrum von Tirana abzureißen und einen Neubau in Auftrag zu geben. Dem ging ein Beschluss des Kommunalparlaments und der Stadtverwaltung voraus. Das Gebäude war 1939 unter italienischer Herrschaft errichtet worden; es galt seit langem als kaum noch bespielbar und sanierungsbedürftig. Die Regierung will stattdessen ein neues, modernes Theater erbauen und den Baugrund des alten Theaters ausländischen Investitionen zur Verfügung stellen. Die Opposition und Teile der Zivilgesellschaft warfen der Regierung und der Stadtverwaltung deshalb Korruption und den Ausverkauf des kulturellen Erbes vor. Der Abriss erfolgte am 17. Mai 2020, wobei es zu Protesten, Ausschreitungen und Festnahmen kam.

Die schwersten Beeinträchtigungen des Lebens brachte auch für Albanien die Corona-Pandemie mit sich. Covid-19 wurde erstmals am 8. März 2020 in Albanien diagnostiziert. Die Regierung entschied sich für eine Kombination aus materiellen Anreizen für das medizinische Personal (bei Halbierung der Bezüge des Präsidenten, der Regierungsmitglieder und der Abgeordneten) und harten Restriktionen wie Ausgangssperren, Maskenpflicht, Schließungen von Institutionen, Geschäften und Gaststätten; sie stellte Verstöße unter Strafe. Dieser Kurs hatte einen gewissen Erfolg: Ende Mai 2021 meldete die Johns Hopkins University für Albanien insgesamt 132.309 Covid-19-Infizierte, von denen 2.450 gestorben sind. Zum Ver-

gleich: Im wesentlich kleineren Kosovo waren es 106.997 Fälle und 2.248 Tote, in Nordmazedonien sogar 155.269 Fälle und 5.408 Tote. In Albanien waren bis Ende Mai 2021 zehn Prozent der Bevölkerung vollständig geimpft, in Nordmazedonien erst 3,4 Prozent (für Kosovo waren keine Daten verfügbar).<sup>10</sup>

Natürlich gab es auch in Albanien Menschen, die sich den Corona-bedingten Einschränkungen nicht unterwerfen wollten. Am 11. Dezember 2020 wurde ein 25-Jähriger von einem Polizisten erschossen, nachdem er gegen Quarantänemaßnahmen verstoßen hatte und vor der Polizei geflohen war. Der Vorfall löste große Empörung aus. Rama bat die Angehörigen des Opfers um Verzeihung und bildete sein Kabinett erneut um: Innenminister Sandër Lleshi musste zurücktreten und wurde durch den bisherigen Landwirtschaftsminister Bledi Çuçi abgelöst. Dessen Ressort übernahm die frühere Wirtschaftsministerin Milva Ekonomi (alle PS).

Die volkswirtschaftlichen Schäden durch Corona sind noch nicht zu beziffern. Albanien hat sich in den letzten Jahren den Ruf einer interessanten touristischen Destination erarbeitet und ist (wie alle europäischen Mittelmeerländer) vom Zusammenbruch des ausländischen Tourismus hart getroffen. Ob wenigstens Teile der Saison 2021 gerettet werden können, ist noch nicht sicher.

## Der Konflikt Regierung – Opposition eskaliert

Die Behauptung der PD und ihrer Verbündeten, Ramas Mehrheit sei durch Manipulation und Stimmenkauf zustande gekommen, ist nicht belegt worden. Es gab wie immer Verstöße, die aber nicht einseitig dem Regierungslager zugerechnet werden können und die keinen systematischen Charakter hatten. Angesichts der Tatsache, dass die PD vor der Wahl die zuständigen Ministerien übernommen hatte, waren ihre Proteste wenig glaubhaft. Die PD ging anlässlich der Wahl einer neuen Generalstaatsanwältin am 18. Dezember 2017 einen Schritt weiter und sprengte die Parlamentssitzung mit Rauchbomben; diese Taktik hatte die Partei „Selbstbestimmung“ (VV) im kosovarischen Parlament mehrfach praktiziert. Als die dafür verantwortlichen Abgeordneten, aber auch ein PS-Parlamentarier, für mehrere Tage suspendiert wurden, stieß die LSI-Vorsitzende Monika Kryemadhi eine kaum verhüllte Morddrohung gegen Rama aus. Ausschreitungen im Parlament wiederholten sich seither regelmäßig.

Bei Demonstrationen gegen die Regierung gab es immer wieder Ausschreitungen und harte Polizeieinsätze. Am 18. Februar 2019 beschlossen die Führungen von PD und LSI, dass ihre Mandatsträger ihre Abgeordnetenausweise demonstrativ verbrennen und damit ihre Mandate kollektiv niederlegen sollten; gleichzeitig wurde klargestellt, dass jede(r) Nachrücker\*in aus der betreffenden Partei ausgeschlossen würde, wenn er oder sie das Mandat annehmen würde. Mehrere Politiker\*innen der Opposition beugten sich diesem Druck nicht und behielten ihre Mandate beziehungsweise rückten nach, darunter Rudina Hajdari, die Tochter des 1998 unter ungeklärten Umständen ermordeten PD-Politikers Azem Hajdari. 30 Dissident\*innen schlossen sich zu einer „Demokratischen Fraktion“, einer Fraktion „Demokratie und Gerechtigkeit“ und einer „Unabhängigen Fraktion“ zusammen.<sup>11</sup>

Mit Unterstützung von Präsident Meta boykottierte die Opposition (außer den im Parlament gebliebenen Kräften) die Kommunalwahlen vom 30. Juni 2019. Bei einer äußerst nie-

<sup>10</sup> <https://coronavirus.jhu.edu/region>

<sup>11</sup> <https://www.parlament.al/GrupParlamentar>

drigen Wahlbeteiligung von offiziell 23 Prozent gewannen die Bürgermeisterkandidaten der von der PS geführten „Allianz für ein europäisches Albanien“ (ASHE) 60 Rathäuser; eines entfiel auf die griechische Minderheitenpartei MEGA. Bei den Stadtparlamenten errangen die 21 Parteien der ASHE 94,1 Prozent und 1.555 Mandate (davon die PS 74,1% und 1.136 Sitze); ein rechtes Wahlbündnis „Hoffnung auf Veränderung“ gewann 1,1 Prozent (12 Mandate), und 4,6 Prozent (50 Mandate) entfielen auf neun Parteien außerhalb der Bündnisse, darunter die PD-Abspaltung „Demokratische Überzeugung“ (BD) mit 2,7 Prozent und 23 Mandaten.

Das bedeutet, dass in vielen Kommunen Bürgermeister\*innen und Kommunalparlamentarier\*innen mit einer schwachen demokratischen Legitimation amtieren. Der maximale Eskalationsschritt unterblieb jedoch: Es gab keinen Versuch, am 13. Oktober 2019 parallele Kommunalwahlen zu organisieren, die flächendeckend zu konkurrierenden Institutionen mit gewaltsamen Auseinandersetzungen geführt hätten. Am 6. März 2020 forderte PD-Chef Lulzim Basha eine umfassende Verfassungsreform, besonders hinsichtlich Wahlrecht und Parlament. Neben dem nur noch 100-köpfigen Parlament (derzeit 140 Mitglieder) solle ein 40-köpfiger Senat gewählt werden. (Das würde einen historischen Roll-back um 100 Jahre bedeuten, denn diese Parlamentsstruktur gab es bereits in der diktatorischen Republik unter Ahmet Zogu zwischen 1925 und 1928.) Außerdem solle 100 Tage vor Wahlen die politische Regierung abtreten und durch eine geschäftsführende Beamtenregierung ersetzt werden, wie es in Griechenland üblich ist.

## Trends im Parteiensystem

Nach der Durchsetzung des Pluralismus 1990/91 war das Parteiensystem Albaniens bipolar zwischen PS und PD, deren Wählerpotenzial in einer Größenordnung von je 40 Prozent lag.<sup>12</sup> Eine große Anzahl von kleineren und Kleinstparteien ordnete sich ad hoc der einen oder anderen Seite als Partner zu, besonders anlässlich der „Wahlkoalitionen“, die es ermöglichten, auch noch so geringe Wählerpotenziale auszuschöpfen und in Mandate umzumünzen. Dabei haben viele kleine Parteien mehr als einmal die Seiten gewechselt. Die Spaltung der PS in Anhänger\*innen und Gegner\*innen des damaligen Parteichefs und Ministerpräsidenten Fatos Nano mündete 2003/04 in die Gründung der LSI unter Führung von Ilir Meta, die 2009–2013 mit der PD, 2013–2017 mit der PS regierte. Es gelang ihr, ihre Stimmenanteile fast kontinuierlich zu steigern (2005: 8,4%; 2009: 4,9%; 2013: 10,5%; 2017: 14,3%; ihren Rekord erreichte die LSI bei der Kommunalwahl 2015 mit 16,6%), und zum *power broker* zwischen den beiden großen Parteien zu werden. Trotz dieser hohen Bedeutung hatte sie aus der Opposition heraus kaum Zugang zu Ressourcen wie Verwaltungsposten oder Ausschreibungen, die sie an ihre Unterstützer\*innen hätte verteilen können. Die Parlamentswahlen 2021 waren für die Schlüsselrolle der LSI somit von entscheidender Bedeutung.

Der Auszug der Opposition aus dem Parlament war nicht von allen Abgeordneten beziehungsweise Nachrücker\*innen mitgemacht worden, die sich in kleinen Abspaltungen von der PD zusammenschlossen. Bei früheren Wahlen waren solche Abspaltungen (2013 FRD, 2017 SFIDA) gescheitert. 2021 zeichnete sich in den Umfragen ab, dass auch die neueren Abspaltungen keine Chance haben würden.

12 Michael Schmidt-Neke, Das politische System Albaniens, in: Wolfgang Ismayr (Hrsg.), Die politischen Systeme Osteuropas, 3. Aufl., Wiesbaden 2010, S. 1.007–1.052; Afrim Krasniqi, Partitë politike në Shqipëri (1920–2006), Tirana 2006; Alba Çela / Mišo Dokmanović / Adnan Ahmeti, Ghost Parties and the Deformation of Democracy: The Case of Albania and the Region, Tirana 2012.

## Der institutionelle Konflikt zwischen Präsident und Regierung

Nach dem gescheiterten Versuch des Präsidenten Sali Berisha (PD, 1992–97), in Albanien ein Präsidialsystem zu etablieren, steuerte die Verfassung von 1998 um zu einer parlamentarischen Demokratie, in welcher der Präsident nicht mehr der stärkste Akteur unter den Staatsgewalten, aber mehr als eine rein repräsentative Figur ist.<sup>13</sup> Er / Sie wird nicht vom Volk, sondern vom Parlament gewählt. In den ersten drei Wahlgängen ist eine Drei-Fünftel-Mehrheit erforderlich, ab dem vierten reicht die absolute Mehrheit aller Abgeordneten, also 71. Es hat sich eingebürgert, die ersten drei Wahlgänge nur pro forma auf die Tagesordnung zu setzen und sie damit für erledigt zu erklären.

Am 28.4.2017 wählte das Parlament mit 87 gegen zwei Stimmen bei Boykott durch die PD den Parlamentspräsidenten Ilir Meta zum neuen Staatsoberhaupt. Seine Vereidigung und Amtsübernahme fanden erst am 24. Juli 2017 statt, nachdem die Amtszeit seines von der PD gestellten Amtsvorgängers Bujar Nishani abgelaufen war. Meta behielt sein bisheriges Amt als Parlamentspräsident bis zur Parlamentswahl, gab aber den Vorsitz der LSI interimistisch an seinen Stellvertreter Petrit Vasili ab. Nach den Parlamentswahlen wählte ein Parteitag der LSI Monika Kryemadhi zur neuen Vorsitzenden. Da es sich bei ihr um Metas Ehefrau handelt, behielt er die Zügel in seiner Partei fest in der Hand.

Rama hatte die PS-Fraktion davon überzeugt, Meta zu wählen, statt auf einem PS-Mitglied als Präsident zu bestehen – die PS hat bisher erst einmal das Staatsoberhaupt gestellt. Rama versuchte, die LSI, welche sich 2017 beharrlich weigerte, eine Koalitionsaussage zugunsten der PS abzugeben, bei der Stange zu halten; eine absolute Mehrheit der PS war zweifelhaft, und die LSI hätte zum dritten Mal hintereinander den Königsmacher spielen können. Dieses Kalkül ging nicht auf. Im Gegenteil ging die LSI schon im Verlauf des Wahlkampfes 2017 immer stärker auf Distanz zur PS und übernahm Vorwürfe der PD, die PS und Rama seien in Korruption und Kriminalität verwickelt.

Ilir Metas vier Vorgänger Rexhep Meidani (PS, 1997–2002), Alfred Moisiu (parteilos, 2002–2007), Bamir Topi (PD, 2007–2012) und Bujar Nishani (PD, 2012–2017) hatten (in unterschiedlichem Maß) die geringen Spielräume genutzt, die die Verfassung von 1998 dem Staatsoberhaupt gibt – auch gegenüber Regierungen aus der eigenen politischen Familie, indem sie zum Beispiel Gesetze ans Parlament zurückverwiesen, ohne jedoch die verfassungsmäßige Stellung des Präsidenten neu zu definieren. Die Amtszeit Ilir Metas ist hingegen geprägt von einer Eskalation im Verhältnis zwischen dem Präsidenten und der Regierung, welche immer wieder demonstrierte, dass die Verfassung von 1998 für eine solche Krise nicht hinreichend präzise formuliert ist, zumal die Verfassungsgerichtsbarkeit über Jahre hinweg wegen zahlreicher Vakanzen nicht funktionierte. Faktisch sah Metas seine Rolle von Anfang an darin, seinen ehemaligen Partner Edi Rama zu behindern und die Opposition zu unterstützen, wo immer er konnte.

Meta verwies (wie seine Vorgänger) mehrfach Gesetze ans Parlament zurück (so das Glücksspielgesetz und jenes über den Neubau des Nationaltheaters), ebenso den Haushalt 2021, dehnte aber auch seine außenpolitischen Kompetenzen erheblich aus. Albanien stimmte im Dezember 2017 in den UN für eine Resolution, in welcher die einseitige Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt Israels durch die Trump-Administration kritisiert wurde. Meta verurteilte dies in einem Brief an seinen US-amerikanischen Amtskollegen; die Regierung habe dieses Votum nicht mit ihm abgestimmt. Im November 2018 blockierte er die Ernenn-

13 Michael Schmidt-Neke (Hrsg.), Die Verfassungen Albaniens, Wiesbaden 2008, S. 64–65, 69–71.

nung Sandër Lleshis zum neuen Innenminister und nannte erst nach Tagen seinen Beweggrund: Lleshi könne als Berufsoffizier nicht in die Regierung berufen werden. Erst nach zwei Wochen entließ er Lleshi offiziell aus dem Militärdienst und berief ihn zum Minister. Meta interpretierte dabei die Verfassung so, dass der Präsident nicht verpflichtet sei, den Vorschlag des Regierungschefs umzusetzen, sondern dass ihm ein Entscheidungsrecht zustehe.<sup>14</sup>

Ebenso hielt Meta Anfang 2019 die Ernennung neuer Minister zunächst zurück und war im Falle des neuen Außenministers Gent Cakaj teilweise erfolgreich. Rama hatte ihn zum Nachfolger von Ditmir Bushati berufen. Meta machte in einem Brief an Rama geltend, dass Cakaj nicht die erforderliche Qualifikation besitze und es Zweifel an seiner Zuverlässigkeit gebe. Der eigentliche Hintergrund war Cakajs doppelte albanisch-kosovarische Staatsangehörigkeit. Cakaj erklärte daraufhin seinen Amtsverzicht. Die öffentliche Polemik zwischen Meta und Rama verschärfte sich. Schließlich übernahm Rama das Außenministerium selbst und wurde am 18. Januar 2019 von Meta offiziell ernannt. Am 23.1.2019 trickste Rama Meta jedoch aus und erklärte anlässlich seiner offiziellen Amtsübernahme, dass er Gent Cakaj mit der Ausübung der Amtsgeschäfte betraue.

Es dauerte bis zum 18. Mai 2021, bis dieser Streit durch eine Entscheidung des Verfassungsgerichtes geklärt werden konnte.<sup>15</sup> Dieses war wegen der Justizreform und der damit verbundenen Überprüfung der Richter und Staatsanwälte über Jahre hinweg nicht beschlussfähig und wurde erst am 24. Dezember 2020 wieder beschlussfähig besetzt. In einer grundsätzlichen Auslegung von Art. 98 Abs. 1 der Verfassung entschied das Gericht, bei der Besetzung von Ministerposten gebe es eine Pflicht von Präsident, Regierung und Parlament zum Zusammenwirken. Ohne dies explizit zu sagen, stärkte das Verfassungsgericht die Position des/der Präsidenten\*in, welche/r – anders als von Edi Rama postuliert – nicht verpflichtet ist, jeden Ernennungsvorschlag des Regierungsoberhauptes abzuzeichnen.

Im Zusammenhang mit der Mandatsniederlegung durch die Opposition eskalierte Meta den Konflikt mit der Regierung weiter. Am 8. Juni 2019 hob er seinen Erlass vom 5. November 2018 auf, durch den die anstehende Kommunalwahl auf den 30. Juni 2019 angesetzt worden war; es bestünden angesichts der Konflikte im Land nicht die Voraussetzungen für die Durchführung des Urnenganges. Er leitete aus seiner Vollmacht, wonach er die Wahltermine festzusetzen hat, auch das Recht ab, einen Termin wieder abzusagen.<sup>16</sup> Rama wies das als rechtswidrig zurück und warf dem Präsidenten vor, seine Kompetenzen bewusst zu überschreiten. Er kündigte ein Amtsenthebungsverfahren gegen Meta an, welches die PS-Fraktion am 18.6.2019 in den vorbereitenden Parlamentsausschuss einbrachte. Dort wurde ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss für das Impeachment-Verfahren nach Artikel 90 der Verfassung gebildet.

Eine Amtsenthebung des Präsidenten kann auf Antrag von mindestens einem Viertel der Abgeordneten von mindestens zwei Dritteln der Abgeordneten beschlossen werden; der Beschluss muss vom Verfassungsgericht geprüft und gegebenenfalls bestätigt werden. Da das Verfassungsgericht nicht ordnungsgemäß vollständig besetzt war, war von vornherein klar, dass es nicht zu einer tatsächlichen Absetzung Metas kommen würde. Das Verfahren hatte einen ähnlich demonstrativen Charakter wie die beiden Absetzungsverfahren gegen

14 Art. 98 Abs. 1: Ein Minister wird vom Präsidenten der Republik auf Vorschlag des Ministerpräsidenten binnen sieben Tagen ernannt und des Amtes enthoben.

15 [http://www.gjk.gov.al/web/NJOFTIM\\_2054\\_1-94.php](http://www.gjk.gov.al/web/NJOFTIM_2054_1-94.php)

16 Art. 92 Pkt. gj: Er setzt den Termin für die Wahl der Versammlung, der Organe der lokalen Verwaltung und für die Durchführung einer Volksabstimmung fest.

US-Präsident Trump 2019 und 2021, die angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Senat keinerlei Chancen auf Erfolg hatten. Am 18. Juli 2020 entschied der Untersuchungsausschuss (dem wegen des Parlamentsboykotts keine PD- oder LSI-Abgeordneten angehörten), Meta habe zwar gegen seine Amtspflichten verstoßen; dies rechtfertige aber keine Amtsenthebung.

Am 27. Juni 2019 teilte Meta mit, er werde den 13. Oktober 2019 als neuen Termin für die Kommunalwahl festsetzen. Er hatte zuvor mit Oppositionsführer Lulzim Basha gesprochen, während Rama eine Gesprächseinladung ablehnte und auf der Durchführung der Kommunalwahl am 30. Juni 2019 beharrte. Nachdem diese stattgefunden hatte, erklärte Meta sie für ungültig und hielt am Wahltermin 13. Oktober 2019 fest. Er schlug vor, die Kommunalwahl mit Neuwahlen zum Parlament und mit einer (in der Verfassung nicht vorgesehenen) Direktwahl des Staatspräsidenten zu verbinden. Zugleich richtete er scharfe Angriffe gegen die westlichen Diplomaten und gegen den Milliardär George Soros, welche Rama in der Frage des Wahlsystems unterstützten; er teile inzwischen die Kritik des ungarischen Regierungschefs Viktor Orbán (FIDESZ), der den gebürtigen Ungarn Soros regelmäßig für Einmischungen in die Innenpolitik osteuropäischer Länder verantwortlich macht.

Der salomonische Ausweg aus dem Impeachment-Dilemma wurde erneut gefunden, indem Parlamentspräsident Gramoz Ruçi (PS) die „Venedig-Kommission“ des Europarates, die beratend bei der Erarbeitung und Auslegung von Verfassungen tätig ist, um ein Gutachten zu Metas Agieren hinsichtlich der Kommunalwahlen bat. Die Kommission erklärte am 27. September 2019, das Verhalten des Präsidenten sei kritikwürdig, weil keine Notstandslage bestanden habe, die eine Verschiebung der Wahlen zwingend erfordert hätte; damit habe Meta seine verfassungsmäßigen Befugnisse überschritten. Dies sei allerdings keine so schwerwiegende Verletzung der Verfassung gewesen, dass eine Amtsenthebung gerechtfertigt sei. Meta wies am 4. Oktober 2019 die Kritik der Kommission zurück. Im Juli 2020 deeskalierte die Regierungsmehrheit (bei Boykott der Opposition). Sie stellte die Arbeit des Untersuchungsausschusses ein und schloss sich der Bewertung der Venedig-Kommission an.

Meta lehnte als nächstes die Ernennung von Skënder Gjinushi zum Akademiepräsidenten ab. Der Mathematiker Gjinushi war 1987–91 Bildungsminister in einer der letzten kommunistischen Regierungen gewesen und hatte nach der Durchsetzung des Pluralismus die Sozialdemokratische Partei (PSD) gegründet. Er wurde am 24.5.2019 vom Plenum der Akademie der Wissenschaften mit 35 gegen sechs Stimmen zu deren Präsidenten gewählt, benötigte aber die Bestätigung durch das Staatsoberhaupt. Meta beanstandete, dass Gjinushi erst kurz vor der Wahl seine Funktion als Vorsitzender der PSD aufgegeben habe, welche mit dem Amt eines Vollmitglieds der Akademie unvereinbar gewesen sei. Gjinushi konnte schließlich sein Amt erst mit Verzögerung antreten.

Im Februar 2020 warf Meta der Regierung vor, sie inszeniere mit Ernennungen im Justizbereich einen Staatsstreich. Er verweigerte die Ernennung vorgeschlagener Verfassungsrichter\*innen (worin ihn die erneut angerufene Venedig-Kommission bestärkte). Er erstattete Anzeige gegen den Leiter der zuständigen Behörde, Ardian Dvorani, und forderte den Rücktritt der Justizministerin Etilda Gjonaj. Auf einer Kundgebung der Opposition am 2. März 2020 drohte er sogar damit, das Parlament aufzulösen. (Dieses Recht steht ihm aber nach Art. 104 der Verfassung nur bei einem gescheiterten Antrag des Regierungschefs auf ein Vertrauensvotum zu.) Erst am 24. Dezember 2020 ernannte Meta weitere Verfassungsrichter\*innen, wodurch dieses höchste Gericht nach rund drei Jahren wieder funktionsfähig wurde.

## Wahlrecht

Das Wahlrecht wurde bereits 2009 regionalisiert. Die Sitzverteilung ergibt sich nicht aus dem landesweiten Abschneiden der Parteien, sondern aus ihrem Ergebnis innerhalb der zwölf Großbezirke (*qark*, Plural *qarqe*); die Parteien stellen entsprechend keine Landeslisten auf, sondern zwölf Listen für die einzelnen *qarqe*.

Diesmal wurde durch eine erneute Änderung des Wahlgesetzbuches vom 5.10.2020 die Möglichkeit geschaffen, dass die Wähler\*innen innerhalb der Liste einer Partei eine Stimme für einen bestimmten Kandidaten geben;<sup>17</sup> unterlassen sie dies, kommt die Stimme der Liste insgesamt zugute. Dafür entfällt die Möglichkeit, „Wahlkoalitionen“ im Sinne von Listenverbindungen zu bilden, deren Stimmen bisher addiert wurden. An der Sitzverteilung nehmen jetzt alle Parteien teil, die landesweit mindestens ein Prozent der Stimmen erhalten haben. Zur Berechnung der Mandate wird getrennt nach den Großbezirken das d'Hondtsche Höchstzahlverfahren angewendet. Die meisten kleinen Parteien wurden schon 2009 durch dieses System eliminiert. Wenn zum Beispiel im Großbezirk Kukës nur drei Mandate zu vergeben sind, muss eine Partei im Regelfall fast 20 Prozent erringen, um ein Mandat zu erhalten. Nur in den sehr großen Einheiten rund um die städtischen Metropolen haben kleine Parteien Chancen.

Abhängig von der Einwohnerzahl entsenden die Großbezirke sehr unterschiedlich viele Abgeordnete in den Kuvend; derzeit sind es für Kukës drei, Gjirokastra vier (bisher 5), Dibra fünf (bisher 6), Berat und Lezha je sieben, Korça und Shkodra je 11, Vlora 12, Durrës und Elbasan je 14, Fier 16 und Tirana 36. Außer diesen wahlsystematischen Festlegungen wurde auch eine Begrenzung der privaten Wahlkampfkosten vereinbart, die nur noch das Dreifache der öffentlichen Ausgaben für die Wahlen, nicht mehr das Zehnfache betragen sollen. Eine effektive Kontrolle solcher Bestimmungen wird jedoch kaum möglich sein.

Der Wegfall der Listenverbindungen stellte die Parteien daher vor die Frage, ob die großen Parteien Kandidat\*innen ihrer kleinen Partner auf ihre eigenen Listen nehmen sollten. Die PS beantwortete diese Frage negativ. Die PD bildete die Liste „Demokratische Partei – Allianz für Veränderung“ (PD-AN); ihr gehörten neben der PD zwölf kleinere Parteien an, darunter die Republikanische Partei (PR), die PDIU, die Agrar- und Umweltpartei (PAA), die Partei Union für die Menschenrechte (PBDN), eine der Vertretungen der griechischen Minderheit, und weitere christdemokratische, monarchistische und konservative Kleinparteien. Obwohl sich 46 Parteien für die Wahl bei der Zentralen Wahlkommission (KQZ) hatten registrieren lassen, traten nur zwölf Listen und fünf Einzelbewerber an.<sup>18</sup>

## Die Wahl

Der Wahlkampf war inhaltlich wie immer aussagelos, da beide Lager wirtschaftsliberale Modelle vertreten.<sup>19</sup> Die PS stellte ihre Leistungsbilanz, die PD das Versagen der Regierung und ihre angeblichen Verbindungen zur organisierten Kriminalität in den Mittelpunkt. Es blieb am Wahltag selbst überraschend friedlich.<sup>20</sup> Jedoch hatte es vier Tage zuvor in Elbasan einen schweren Zwischenfall gegeben, wo ein Mitglied der PS von einem PD-Anhänger

17 [http://kqz.gov.al/wp-content/uploads/2020/12/Kodi-Zgjedhor-2020\\_perditesuar\\_qpz.pdf](http://kqz.gov.al/wp-content/uploads/2020/12/Kodi-Zgjedhor-2020_perditesuar_qpz.pdf)

18 <http://kqz.gov.al/wp-content/uploads/2021/03/Regjistri-parti-koalicion-2021.pdf>

19 Tobias Rüttershoff, Länderbericht Auslandsbüro Albanien März 2021, <https://www.kas.de/de/web/albanien/laenderberichte/detail/-/content/albanien-vor-den-parlamentswahlen>

20 <https://www.osce.org/files/f/documents/2/7/484688.pdf>

erschossen wurde, der sich später der Polizei stellte. Der Schütze und seine Parteifreunde beschuldigten den Getöteten, Wählerstimmen gekauft zu haben.

Am 25. April 2021 waren 3.588.869 Bürger\*innen formal wahlberechtigt, von denen 1.662.274 an der Wahl teilnahmen, was einer Beteiligung von 46,3 Prozent entspricht.<sup>21</sup> Am geringsten war sie laut Zentraler Wahlkommission (KQZ) im Großbezirk Vlora mit nur 31,7 Prozent, am höchsten in Dibra mit 53,4 Prozent und Tirana mit 52,0 Prozent. Dazu muss man aber berücksichtigen, dass die Albaner\*innen nur an ihrem Erstwohnsitz wählen können. Es gibt bisher weder eine Briefwahl noch die Möglichkeit, in Auslandsvertretungen abzustimmen; angesichts des verbreiteten Misstrauens in die Korrektheit der Wahlen gibt es auch keine lauten Forderungen der Öffentlichkeit nach Einführung dieser Möglichkeiten. Da mehrere Hunderttausend Wahlberechtigte im Ausland leben, sind sie von der Wahlteilnahme ausgeschlossen, wenn sie nicht die Mühe und Kosten auf sich nehmen wollten, eigens zur Wahl nach Hause zu fahren. Sogar Studierende und andere, die bei ihren Familien gemeldet sind, müssen zur Wahlteilnahme zu diesen fahren, sonst können sie nicht abstimmen.

Zu Jahresbeginn wohnten tatsächlich nur 2.829.741 Menschen in Albanien, davon rund 620.000 in der nicht wahlberechtigten Altersgruppe von 0–18 Jahren.<sup>22</sup> Demnach hielten sich im Land faktisch nur rund 2.210.000 Wahlberechtigte auf. An dieser Zahl gemessen beträgt die bereinigte Wahlbeteiligung rund 73 Prozent. Diese Beteiligung ist (verglichen etwa mit Deutschland, wo es vergleichbare Hindernisse an der Wahlteilnahme nicht gibt und wo 2017 die Beteiligung an der Bundestagswahl bei 76,2% lag) nicht dramatisch schlecht.

**Tabelle 1: Parlamentswahlen in Albanien 2021 und 2017**

Partei, Vorsitzender	Stimmen 2021	% 2021	Stimmen 2017	% 2017
Demokratische Partei – Allianz für Veränderung (PD-AN) Lulzim Basha	622.187	39,4	543.274	ca. 4,3 <sup>23</sup>
			davon:	
			PD 456.413	28,8
			PR 3.225	0,2
			PDIU 76.069	4,8
			PKD 2.421	0,2
			FRD 5.146	0,3
Sozialistische Integrationsbewegung (LSI) Monika Kryemadhi	107.538	6,8	225.901	14,3
Sozialistische Partei (PS) Edi Rama	768.134	48,7	764.750	48,3
Sozialdemokratische Partei (PSD) Tom Doshi	35.475	2,3	14.993	1,0
Gleichberechtigte Liste (LIBRA) Ben Blushi	–	–	19.806	1,3
Insgesamt (einschließlich sonstiger Parteien)	1.578.117	100,0	1.582.142	100,0

**Quelle:** Website der KQZ – <http://results.kqz.gov.al/results/results2021.htm> (Stand: amtliches Endergebnis). Von den 140 Mandaten verteilen sich 74 auf die PS, 59 auf die PD-AN, vier auf die LSI und drei auf die PSD.

21 <http://kqz.gov.al/2021/04/28/deklarata-e-komisionerit-ilirjan-celibashi-lidhur-me-ecurine-e-procesit-te-numerimit-te-votave-per-kandidatet/>

22 <http://www.instat.gov.al/media/8303/popullsia-me-1-janar-2021.pdf>

23 Ein exakter Vergleich ist nicht möglich, weil mehrere der Kleinparteien, die 2021 innerhalb der Liste PD-AN kandidiert haben, 2017 gar nicht oder nur durch Einzelkandidaten auf der Liste der PD angetreten sind.

Fast 85.000 Wähler\*innen haben also ungültig gestimmt. Ob das in erster Linie an Problemen mit dem neuen Wahlverfahren oder anderen „technischen“ Ursachen lag oder ob viele Wähler\*innen den Stimmzettel als Zeichen des Protestes bewusst ungültig gemacht haben, ist nicht bekannt.

Ein Blick in die Regionen zeigt, dass Albanien zu seiner klassischen Wahlgeographie zurückgekehrt ist: Der Norden ist „blau“ (= PD-dominiert), der Süden „rot“ (= PS-dominiert). Konnte die PD 2017 nur in Kukës und Shkodra mit knappem Vorsprung vor der PS eine relative Mehrheit erringen, so liegt die PD-AN jetzt in den vier nördlichen Großbezirken vorn: Kukës 62,3 Prozent, Lezha 47,4 Prozent, Dibra 45,1 Prozent, Shkodra 43,8 Prozent. Ihr schwächstes Ergebnis hat sie in Berat mit 30,5 Prozent.

Die PS führt in den acht *qarqe* in Mittel- und Südalbanien, außer in Korça und Tirana, jeweils mit absoluter Mehrheit: Vlora 57,9 Prozent, Berat 56,0 Prozent, Elbasan 55,2 Prozent, Gjirokastra 53,9 Prozent, Fier 52,8 Prozent, Durrës 50,3 Prozent, Korça 48,9 Prozent, Tirana 48,7 Prozent. Ihre Schwachstellen sind Kukës mit 35,8 Prozent und Shkodra mit 28,1 Prozent. Die LSI hat ihr stärkstes Ergebnis in Gjirokastra mit 12,7 Prozent, ihr schwächstes in Kukës mit nur 0,2 Prozent (in diesem bevölkerungsärmsten *qark* entfielen 98,1% auf die beiden großen Parteien). Sie gewann zwei Mandate in Tirana und je eines in Fier und Shkodra. Die PSD hat nur in Shkodra mit 15,2 Prozent sowie in Tirana mit 2,9 Prozent nennenswerte Ergebnisse und bleibt in den übrigen zehn *qarqe* eine Splitterpartei. Zwei ihrer Mandate errang sie in Shkodra, eines in Tirana.

Es gehört zu den besonders bizarren Erscheinungen des albanischen politischen Systems, dass die über lange Zeit bedeutungslose PSD sich jetzt von einem auf drei Mandate verbessert hat. Nach dem Rücktritt Skënder Gjinushis, der die Partei seit ihrer Gründung 1991 geführt hatte, hatte zunächst der Parteiveteran Ëngjëll Bejtaj den Vorsitz übernommen; er wurde bereits im Dezember 2020 von dem bisher einzigen Abgeordneten, Tom Doshi, abgelöst. Der Unternehmer, der sich sowohl in der Pharma- wie in der Nahrungsmittelindustrie betätigt hatte, war zur Wahl 2005 von dem damaligen PS-Vorsitzenden Fatos Nano in die Politik geholt worden und gehörte seither der PS-Fraktion an. 2015 wurde er durch unglaubliche Behauptungen bekannt: Edi Rama und Ilir Meta hätten sich verschworen, ihn und den PD-Abgeordneten Mhill Fufi ermorden zu lassen. Doshi präsentierte ein Video mit dem Geständnis eines reumütigen Killers, dem angeblich mehrere 100.000 Euro für die Morde versprochen wurden. Die Glaubwürdigkeit war gleich Null, nicht nur wegen der für albanische Verhältnisse irrealen Summe.

Doshi flog aus der PS-Fraktion und blieb fraktionsloser Abgeordneter. Er trat dann in die am Boden liegende PSD ein, die inzwischen von der Sozialistischen Internationale nicht einmal mehr mit Beobachterstatus geführt wird, und schaffte es, mit erheblichem finanziellen Einsatz 2017 ein Mandat in Shkodra zu gewinnen. Trotz seines Konflikts mit Rama äußerte er sich hochzufrieden, dass Rama nun die Koalition mit dem „Krebsgeschwür“ LSI beenden könne, und stellte ihm seine Unterstützung in Aussicht; Rama und Doshi gratulierten einander telefonisch nach der Wahl. Auch nach seinem Erfolg 2021 erklärte er seine Unterstützung für Rama, verzichtete aber zugleich auf sein Mandat. Der Hintergrund dürften massive Vorwürfe der Wählerbestechung sein.

Wie bereits 2013 und 2017 spielten neu gegründete Parteien keine Rolle.

## Konsequenzen

Edi Ramas Führungsanspruch innerhalb der PS ist nach dem dritten Wahlsieg in Folge unbestritten. Kritiker seines autoritären Führungsstils, der insgesamt typisch für albanische Parteien ist, werden sich bis auf Weiteres zurückhalten. Der Bürgermeister von Tirana, Erion Veliaj, dürfte aktuell der aussichtsreichste Kandidat für den künftigen Parteivorsitz sein, aber Rama ist erst 56 Jahre alt, muss seine Nachfolge also nicht unmittelbar regeln. Aus dieser Position der Stärke heraus sendete Rama Signale der Aussöhnung in Richtung der Opposition. Er erklärte, seine dritte Amtszeit müsse anders aussehen als die ersten beiden und dürfe nicht mehr von dem Dauerkonflikt mit der Opposition beherrscht werden. Auf einem Sonderparteitag im Juni 2021 kündigte er mehr Bürgerbeteiligung und eine Mitgliederoffensive an; die Partei werde keine Funktionäre, die sich schuldig gemacht hätten, vor der Justiz schützen.

Für die PD ist das Wahlergebnis ein schwerer Rückschlag, nicht nur, weil sie aufgrund vieler Umfragen vor der Wahl ein anderes Ergebnis erhofft hatte.<sup>24</sup> Die gemeinsame Liste PD-AN hat zwar substantiell dazugewonnen, aber diese Gewinne gingen auf das Konto des potenziellen Koalitionspartners LSI und konnten dessen Verluste nicht vollständig kompensieren. Das macht die Position von Lulzim Basha, der nun schon die zweite Wahl gegen Rama verloren hat, prekär. Der Parteivorstand beschloss am 16. Mai 2021, die in solchen Fällen satzungsmäßig vorgeschriebene Neuwahl des/der Vorsitzenden am 13. Juni 2021 stattfinden zu lassen. Basha stellte sich zur Wiederwahl, außerdem noch acht weitere Bewerber\*innen. Am 23. Mai ließ der Vorstand nur drei davon zu: Edith Harxhi, Fatbardh Kadilli und Agron Shehaj. Fünf Bewerber wurden aussortiert; sie seien weder Mitglieder noch registrierte Unterstützer und seien öffentlich unbekannt. Auch die drei verbliebenen Gegenkandidat\*innen Bashas waren keine politischen Schwergewichte. Edith Harxhi war in einer früheren PD-Regierung stellvertretende Außenministerin. Fatbardh Kadilli ist ein früherer Abgeordneter. Der Unternehmer Agron Shehaj wurde 2017 für die PD ins Parlament gewählt; er engagiert sich unter anderem für die Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit.

Es war somit auch keine Überraschung, dass Basha (wie übrigens alle Parteivorsitzenden, die sich nach Wahlniederlagen einer Urwahl stellen mussten) klar bestätigt wurde. Von den 40.684 gültigen Stimmen entfielen auf Basha 32.882 Stimmen (= 80,8%), auf Agron Shehaj 6.038 (= 14,8%), auf Edith Harxhi 983 (= 2,4%) und auf Fatbardh Kadilli 781 (= 1,9%). Das eigentliche Problem der Parteiführung ist die geringe Beteiligung: Von 75.067 Mitgliedern stimmten nur 41.097 ab (= 54,7%).<sup>25</sup>

Für die siegesgewohnte LSI geht der Verlust von mehr als der Hälfte ihrer bisherigen Wähler an die Substanz. Sie ist abermals nicht mehrheitsbildend und muss fürchten, dass Albanien wieder zu dem bipolaren Parteiensystem der 1990er Jahre zurückkehrt.<sup>26</sup> Ilir Meta lehnte einen Rücktritt als Präsident ab und kündigte an, sich nach dem Ende seiner Amtszeit im Juli 2022 den Parteivorsitz von seiner Frau Monika Kryemadhi zurückgeben zu lassen.

Die Opposition steht unter erheblichem Druck, ihre Fundamentalopposition jetzt zu beenden. Kryemadhi hat bereits kurz nach der Wahl die kollektive Mandatsniederlegung als Fehler bezeichnet. Die USA gehen zunehmend auf Distanz zur PD. Botschafterin Yuri Kim hat sich öffentlich zufrieden mit dem Ablauf der Wahlen geäußert und sich von den üb-

24 [https://de.wikipedia.org/wiki/Parlamentswahl\\_in\\_Albanien\\_2021](https://de.wikipedia.org/wiki/Parlamentswahl_in_Albanien_2021)

25 <https://pd.al/2021/06/lulzim-basha-fiton-mandatin-me-81-te-mbeshtetjes-se-anetaresise/>

26 *Eqrem Yzeiri*, Gjeografia politike e Shqipërisë në tranzicion, Tirana 2002.

lichen Versuchen aus den Reihen der Opposition distanziert, sie mit Behauptungen flächendeckender Fälschungen zugunsten der Regierungspartei zu delegitimieren. Es wurde aufmerksam registriert, dass sie bei der Eröffnung des NATO-Manövers „Defender Europe 21“ am 4. Mai 2021 die Nähe Ramas suchte, Präsident Meta aber mied. Meta hatte zuvor die Bürger aufgefordert, das vermeintliche Ergebnis der Wahlen zugunsten der Opposition „mit Äxten und Mistforken“ zu verteidigen; Kim griff ihn daraufhin ungewöhnlich scharf an, weil er zur Gewalt aufrufe. Meta forderte die US-Botschafterin auf, ihre Unterstützung für Edi Rama einzustellen. Außenminister Blinken richtete erst am 4. Juni 2021 eine Glückwunschadresse an Rama und sah in den friedlichen Wahlen einen weiteren Schritt Albanien in Richtung EU. Noch gewichtiger war eine Erklärung des US-Außenministeriums vom 19. Mai 2021, den früheren Staats- und Regierungschef und PD-Vorsitzenden Sali Berisha und seine Familie auf die „Schwarze Liste“ von Personen zu setzen, die nicht in die USA einreisen dürfen, weil sie in schwere Korruption während seiner Amtszeiten verwickelt seien. Berisha bestritt die Vorwürfe. Meta bezeichnete diese Anordnung als „von der Kleptokratie in Tirana bestellten Blitzbrief“.<sup>27</sup>

Nach der Parlamentswahl setzte das scheidende Parlament (im neu gewählten, aber erst im September konstituierten *Kuvend* ist keine Zwei-Drittel-Mehrheit für Metas Absetzung zu erwarten) einen weiteren Untersuchungsausschuss gegen Meta ein, dessen Vorladung der Präsident nicht folgte. Das Parlament stimmte am 9. Juni 2021 mit 104 gegen sieben Stimmen bei drei Enthaltungen für eine Amtsenthebung Metas. Es folgte damit dem Bericht eines Untersuchungsausschusses, wonach Meta im Zusammenhang mit der Parlamentswahl mehrere Verstöße gegen die Verfassung begangen habe.<sup>28</sup> Der Beschluss des Parlaments muss jetzt vom Verfassungsgericht geprüft werden, welches die endgültige Entscheidung über Metas Verbleib im Amt zu treffen hat. Meta wies alle Vorwürfe zurück und erklärte das Verfahren für rechtswidrig, da das Parlament nicht mehr das Recht habe, derartige Entscheidungen zu treffen, die dem neu gewählten *Kuvend* vorbehalten seien.<sup>29</sup>

Ein politischer Richtungswechsel steht nicht an. Es bleibt abzuwarten, ob die Verantwortlichen beider Lager sich auf ihre gemeinsame Verantwortung für ihr Land besinnen. Der institutionelle Konflikt zwischen Präsident und Regierung hat gezeigt, an welchen Stellen die Väter und Mütter der Verfassung von 1998 Regelungslücken im System der Gewaltenteilung gelassen haben.

---

27 „fletërrufe“ waren in der kommunistischen Zeit Wandzeitungen mit politischer und gesellschaftlicher Kritik an anderen Bürger\*innen, jedoch niemals gegen höherrangige politische Führer; s. *Ardian Vehbiu*, Mit den großen Buchstaben – Die fletërrufe im kommunistischen Albanien, in: *Eckehard Pistrick* (Hrsg.), *Deutsch-Albanische Wissenschaftsbeziehungen hinter dem Eisernen Vorhang*, Wiesbaden 2016 (= *Albanische Forschungen* 39), S. 39–49.

28 <https://www.parlament.al/News/Index/13837>

29 <https://president.al/deklarate-per-mediat-e-presidentit-te-republikes-sh-t-z-ilir-meta-6/>

## Richtlinien für Autorinnen und Autoren

### Analysen / Positionen / Essays

#### Formelle Vorgaben für den Text

**Umfang:** Nach Absprache mit der Redaktion – in der Regel max. 10–12 DIN A 4-Seiten. Für Text und Fußnoten ergibt dies maximal ca. 48.000 Zeichen incl. Leerzeichen, bei Verwendung von Tabellen, Abbildungen usw. muss die Textmenge entsprechend reduziert werden.

**Schriftart:** Times New Roman, 12 pt, einzeilig.

**Gliederung:** Bitte setzen Sie Zwischen-Überschriften, die das Verständnis erleichtern! Jedoch maximal zwei Stufen von Zwischen-Überschriften. Die Hierarchie der Untergliederungen muss verständlich sein (z. B. 1. Stufe: fett; 2. Stufe: kursiv).

#### Formatierungen im Text:

- Bitte keine automatischen Silbentrennungsprogramme einstellen!
- Keine manuellen Wort-Trennungen vornehmen.
- Linksbündig schreiben, kein Blocksatz.
- Keine Einzüge an Absatz-Anfänge bzw. Tab-Stops an Zeilenanfänge setzen.
- Zwischen den Absätzen eine Leerzeile setzen.
- Sonderzeichen können verwendet werden (z. B. Milošević). Möglichst jedoch keine kyrillischen oder griechischen Schriftzeichen – diese besser transliterieren.
- Namen, Institutionen, Buchtitel im Text nicht in Kursiv setzen (Buchtitel in Anführungszeichen).
- Nur inhaltliche Hervorhebungen im Text in Kursiv setzen.

#### Fußnoten:

- Nur sparsam verwenden (maximal 20 Prozent einer Seite).
- Am Seitenende durchnummeriert angeben.
- Namen von Autor\*innen und Herausgeber\*innen (Vor- und Nachnamen) in Kursiv setzen.
- Buchtitel nicht in Kursiv setzen.

#### Angaben zur Person

- Titel, Vorname, Name; Geburtsjahrgang
- Stichpunkte zum beruflichen Werdegang
- Arbeitsschwerpunkte/Forschungsgebiete
- Kontaktadresse (E-Mail Adresse)
- Zeit der Fertigstellung des Textes (Monat/Jahr)
- Umfang: Insgesamt bis zu 600 Zeichen incl. Leerzeichen

#### Abstract

Bitte fertigen Sie ein Abstract über Ihren Beitrag in englischer Sprache an, das dem Haupttext vorangestellt wird. Bitte auch den Titel übersetzen. Länge: maximal 15 Zeilen (ca. 1.100 Zeichen incl. Leerzeichen).

In Ausnahmefällen kann auch eine deutsche Version eingereicht werden.

#### Rechtschreibung/Sprachregelung

Bitte verwenden Sie die neue deutsche Rechtschreibung – ggf. Text mit einem Rechtschreib-Programm überprüfen. Bitte verfassen Sie Ihren Text in einer geschlechterneutralen Sprache. Vermeiden Sie dazu das generische Maskulinum („Autoren“, „Politiker“, „Teilnehmer“) und ersetzen Sie dies durch Nennung beider Geschlechter oder durch verkürzte Paarformen (z.B. AutorInnen, Autor(innen), Autor\*innen).